

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erstausgabe werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auschl. Erzeuger. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mark, 3. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mark, 3 gesp. Reklamenzeile 0,45 R.-Mark, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Mark, Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Mark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag. Gedruckt 1978. Fernsprecher Nr. 2. Postfach Nr. 2. Waldenburg. Stadtgericht Waldenburg. Stadtkontor Waldenburg 99. In den Briefen ist die vollständige Zahlung, bei Postwechseln die Rechnungsbetrag mit jeder Radial hinreichend.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt. Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (D. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Schöke; in Wolfenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Denig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Streikungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Ingleich weit verbreitet in den Ortshaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenburg und Ziegelheim.

Nr. 79

Donnerstag, den 3. April 1930

52. Jahrgang.

Günstige Beurteilung der Regierungserklärung.

Amtlicher Teil.

Die Obstbaumbesitzer, sowie Mieter und Pächter von Grundstücken mit Obstbaumbestand werden erneut aufgefordert, die Obstbäume unverzüglich auf das Vorhandensein von Obstbaumschädlingen und Obstbaumkrankheiten zu untersuchen und sofern solche gefunden werden, die Bekämpfungsarbeiten schleunigst vorzunehmen. Versäumnisse dieser Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft, auch wird erforderlichenfalls die Ausführung der unterbliebenen Maßregeln auf Kosten der Säumigen erfolgen.

Waldenburg, den 2. April 1930.

Der Stadtrat.

Der Reichskanzler Dr. Brüning verlas gestern Nachmittag im Reichstag die Regierungserklärung. Die deutsche Flotte ist gestern zu ihrer Mittelmeeresfahrt ausgelaufen.

Die Kommunisten brachten gestern im Reichstag einen Mißtrauensantrag ein.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches beträgt fast 1 1/2 Milliarden Mark.

Der neue griechische Gesandte Politis ist gestern in Berlin eingetroffen.

An der Berliner Börse wurde gestern der Privatdiskont auf 4 1/2 Prozent ermäßigt.

Bei einer Kohlenstaubexplosion in der Britenfabrik der Halleischen Pflanzerschaft bei Senftenberg wurden 4 Arbeiter getötet.

Ein kommunistischer Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags wurde abgelehnt.

Frau Cosima Wagner ist im 93. Lebensjahre gestorben.

In Paris ist die Reparationskonferenz zusammengetreten.

Der englische Haushalt hat einen Fehlbetrag von 300 Millionen Mark.

Die russische Stadt Charlow war drei Tage lang ohne Lebensmittel.

Etwa 15.000 Mann Schanztruppen sind in die Provinz Schantung einmarschiert und haben die Regierungstruppen zum Rückzug gezwungen.

Waldenburg, 2. April 1930.

Die monatelangen Verhandlungen der Londoner Flottenkonferenz haben bisher nur den einen Erfolg gehabt, daß sich die Beziehungen der an der Konferenz beteiligten Mächte zueinander in einer beängstigenden Weise verschlechtert haben. Die französischen Quereisereisen haben in der englischen Presse ein Echo gefunden, wie es lange nicht zu hören war. Man muß sich freilich hüten, daraus weitergehende Schlüsse zu ziehen. Wenn den Franzosen auch jetzt in der englischen Presse einige bittere Wahrheiten gesagt werden, zum Schluß wird man sich doch wieder zusammenfinden. Durch den Versailler Vertrag und die ganze Nachkriegspolitik sind England und Frankreich zueinander geschieden wie zwei Galeerensträflinge. Sie können nicht voneinander loskommen, und so werden England und Frankreich weiter an einem Strang ziehen, auch wenn die Flottenkonferenz durch Frankreichs Schuld in die Brüche geht.

Die Stimmung Italiens gegenüber Frankreich und England wird am besten durch die Drohung Grandis gekennzeichnet, daß Italien aus dem Locarno-Pakt auscheiden müßte, falls der von Frankreich geforderte Garantiepakt zustande käme. Man kann sich in Italien natürlich keiner Täuschung darüber hingeben, daß ein derartiger Pakt nur gegen Italien gerichtet sein könnte. Nach der Entwaffnung Deutschlands ist heute das aufstrebende Italien Mussolinis der einzige ernst zu nehmende Nebenbuhler Frankreichs auf dem europäischen Kontinent und im Mittelmeer. Das weiß man auch in London, und das ist wohl mit ein Grund, weshalb sich England nicht auf den von Frankreich geforderten Pakt einlassen will. Für alle Fälle will sich England Italien warm halten. Vielleicht braucht man es noch einmal als Gegengewicht gegen Frankreich.

Auch zwischen Amerika und England ist durch den bisherigen Verlauf der Flottenkonferenz eine tiefgehende Verstimmung hervorgerufen worden. Amerika fühlt sich von Macdonald genasführt, und dies kam in der Hearst-Presse ziemlich deutlich zum Ausdruck. Die amerikanischen Presseangriffe gegen Macdonald haben dann wieder in der englischen Presse ohne Unterschied der politischen Richtung scharfe Zurückweisung erfahren.

Das Beste wäre es wohl, wenn man sich entschließen könnte, mit der ganzen Konferenz Schluß zu machen. Der Verhandlungsantrag Grandis bietet eine Möglichkeit, auf halbwegs anständige Art aus der Sackgasse herauszukommen. Ob man sich aber bereits in der Vollziehung am Freitag zu diesem Entschluß aufraffen wird, ist zweifelhaft. Auch hier macht wieder Frankreich Schwierigkeiten. Aber ob nun die Konferenz noch eine Zeitlang weitervegetiert oder auf 6 Monate vertagt wird: die Hoffnungen auf einen Fünfmächtevertrag sind bereits begraben. Man klammert sich nur noch an die Hoffnung, daß wenigstens noch ein Sondervertrag der drei Flottenmächte über einige technische Fragen zustandekommt.

Diese Hoffnung ist dadurch belebt worden, daß die japanische Regierung den amerikanischen Kompromißvorschlag unter gewissen Vorbehalten angenommen hat. Die neuen Weisungen sollen bereits an die japanische Abordnung abgegangen sein. Dem Vernehmen nach knüpft danach Japan die Annahme der amerikanischen Vorschläge an folgende zwei Bedingungen:

1. daß eine Übereinstimmung erzielt wird, nach der Japan bei Abschluß eines Vertrages mit den Vereinigten Staaten für die Dauer von fünf Jahren grundsätzlich an seiner Forderung auf ein Stärkeverhältnis von 7:10 gegenüber Amerika in der Klasse der 8-Zoll-Kreuzer festhalten darf,

2. daß Japan zwar die von Amerika vorgeschlagene Donnanne an Unterseebooten annimmt, sich aber das Recht vorbehält, zur Beschäftigung seiner Schiffswerften einen früheren Ersatz veralteter Boote vorzunehmen. Beide Fragen werden nach Ansicht unterrichteter Kreise in London keine sehr erheblichen Schwierigkeiten bereiten. Im übrigen scheint sich auch Amerika bereits mit dem Gedanken eines Dreimächtepaktes vertraut gemacht zu haben. Bedeutsam ist in dieser Hinsicht die letzte Erklärung des Vorsitzenden des Flottenausschusses des Repräsentantenhauses, Britten, der darauf hinwies, daß die Hoffnungen für einen Fünfmächtevertrag nun so gut wie ausgegeben seien und statt dessen ein Dreimächtevertrag abgeschlossen werden sollte.

Moldenhauer und Borfig.

Zur Vorgeschichte der Regierungskrise.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte in seiner Dienstag-Ausgabe einen namens der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von Herrn von Borfig Anfang März an den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gerichteten Brief, in dem der ablehnende Standpunkt des Arbeitgeberverbandes zur Frage der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung um 1 v. H. ausführlich dargelegt wird. In dem Brief heißt es u. a., die Arbeitgeberseite müsse eine Mitbeteiligung an den Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt in dieser Frage um so mehr ablehnen, als der Beschluß des Reichskabinetts zum Ausdruck bringe, daß infolge des Nichtzustandekommens einer Einigung im Vorstand der Reichsanstalt das Reichskabinett selbst die Beitragserhöhungen zu beschließen gedenke.

Die Arbeitgeberseite des Vorstandes habe sich bereits ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kursums in der Regierungs- und Reichsanstaltspolitik die Übernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden könne.

Eine Erklärung Moldenhauers.

Zu diesem Brief, der im „Vorwärts“ unter der Überschrift „Borfig stürzte Müller-Wissell“ ver-

öffentlicht worden ist, geht der Telegraphen-Union von zuständiger Stelle folgende Erklärung zu:

Der Reichsminister der Finanzen Prof. Dr. Moldenhauer hat den angeführten Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 6. März d. J. erst am 8. März erhalten, nachdem in der Kabinettsitzung vom 5. März bereits die Entscheidung über die Vorlage an den Reichsrat gefallen war. Er hat den Brief als durch die Kabinettscheidung erledigt angesehen und zu den Akten schreiben lassen.

Er hat an der Regierungsvorlage über die Arbeitslosenversicherung, die er schon durch seinen Kommissar auf Grund des Beschlusses des Reichskabinetts im Reichsrat hat vertreten lassen, bis zum letzten Tag festgehalten. An den Verhandlungen der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien, die ein Kompromiß suchen sollten, hat er gar nicht teilgenommen; auch nicht an den Besprechungen, die später zwischen Abgeordneten der in der Regierung vertretenen bürgerlichen Parteien stattgefunden haben. Erst in der Sitzung der Parteiführer hat er von dem Kompromiß Brüning-Meyer Kenntnis erhalten und sich schließlich mit dem Kompromiß einverstanden erklärt, um eine Einigung unter den Parteien herbeizuführen. Aus diesen tatsächlichen Feststellungen geht zur Genüge hervor, daß der Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ohne jeden Einfluß auf die Haltung des Reichsministers der Finanzen gewesen ist.

Wachsende Verschuldung des Reichs.

Am 28. Februar fast 1 1/2 Milliarden schwebende Schuld.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Monat Februar 1930. Danach betragen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen — die Beträge verstehen sich in Millionen Reichsmark — 651,4 RM, die Ausgaben 884,5 RM, so daß sich eine Mehrausgabe von 233,1 Millionen RM ergibt.

Von den Ausgaben entfallen 238,3 RM auf Steuerüberweisungen an die Länder, 69,7 RM auf Bezüge der Beamten und Angestellten (ausschließlich Ruhegehälter), 127,9 RM auf Reparationszahlungen zu Lasten des Reichshaushalts, 23,9 RM auf die Sozialversicherung und 101,2 RM auf die Arbeitslosenversicherung.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen im Monat Februar 1930 11 RM, die Ausgaben 7,8 RM, so daß sich im außerordentlichen Haushalt eine Mehreinnahme von 3,7 RM ergibt.

Der Stand der schwebenden Schuld hatte am 28. Februar eine Höhe von 1735,9 Millionen RM.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Stegerwalds Abschied vom Reichsverkehrsministerium. Der bisherige Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald verabschiedete sich Dienstagvormittag von den Beamten und Angestellten des Reichsverkehrsministeriums. In seiner Ansprache hob er außer Worten des Dankes an seine Mitarbeiter hervor, daß er nun ungenügend vom Reichsverkehrsministerium scheidet, doch sei in diesem Jahr schon viel erreicht worden, insbesondere durch die Neufassung des Reichsbahngesetzes.

Seipels Glückwünsche an Brüning. Bundeskanzler a. D. Seipel hat Reichskanzler Dr. Brüning zur Übernahme der Reichsregierung namens der Christlichsozialen Partei Oesterreichs telegraphisch die besten Glückwünsche überreicht. Der Reichskanzler hat in einem Antworttelegramm Bundeskanzler a. D. Seipel seinen aufrichtigsten Dank ausgesprochen.

Der preußische Landtag setzte gestern die allgemeine Aussprache zum ersten Abschnitt des Kulturhaushaltes fort, der insbesondere das Volksschul- und Kirchenwesen zum Gegenstand hat.

Die Fahnenträger des Stahlhelms trugen in Halle am Montag Abend bei einer Veranstaltung des Stahlhelms wie